



**Verein für Betroffene, Partner und Gegner von
Sexuellem Missbrauch -
gegen-Missbrauch e.V.
Oberstr. 23
37075 Göttingen**

Ihre Fragen an die Piratenpartei

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übermittlung Ihrer Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl, die wir Ihnen hiermit beantworten:

Welche Maßnahmen der Aufklärung und Prävention initiiert Ihre Partei zum Thema sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche?

Aufklärung ist wichtig und muss sein. Unser Augenmerk liegt hier in erster Linie bei den Fachkräften (Erzieher, Lehrer, Kinderärzte, ...), Fälle von Kindesmissbrauch zu erkennen.

Dazu ist aber unter anderem ein interkollegialer Austausch notwendig, der allerdings besonders bei den Kinderärzten juristisch kaum möglich ist.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, das RISKID oder ein ähnliches System staatlich finanziert (nicht betrieben!) wird, aber vor allem dafür, dass die derzeitigen gesetzlichen Hürden, die das bestehende System (RISKID) zum großen Teil ad absurdum führen, vom Gesetzgeber beseitigt werden.

Wir hatten im Landtag NRW einen entsprechenden Antrag gestellt.

Ein Kind macht im Durchschnitt acht mal darauf aufmerksam, dass es Gewalt erfahren hat, bevor überhaupt ein Erwachsener reagiert. Wichtig ist hier in jedem Fall eine Sensibilisierung von Lehrern, Erziehern und anderen Vertrauenspersonen. Die Mitteilung eines Verdachts an die Behörden muss erleichtert werden. Die Identität der Anzeigenden muss streng geheim gehalten werden. Anzeigende brauchen hier das Vertrauen, dass ihnen nichts passiert, wenn sie den Verdacht auf Gewalt melden.

Denkbar ist auch eine Aufhebung der Verjährung.

21.08.2017

Vorstand
vorstand@piratenpartei.de

Vorsitzender
Patrick Schiffer
patrick.schiffer@piratenpartei.de

Stellvertretender Vorsitzender
Carsten Sawosch
carsten.sawosch@piratenpartei.de

Politischer Geschäftsführer
Kristos Thingilouthis
kristos.thingilouthis@piratenpartei.de

Schatzmeister
Lothar Krauß
lothar.krauss@piratenpartei.de

**Bundesgeschäftsstelle der
Piratenpartei Deutschland**
Telefon:
+49 30 2757 2040
Telefax:
+49 30 6098 9751 7

**Bankverbindung:
GLS Gemeinschaftsbank
eG**
IBAN DE36430609677006027900
BICGGENODEM1GLS



**Verein für Betroffene, Partner und Gegner von
Sexuellem Missbrauch -
gegen-Missbrauch e.V.
Oberstr. 23
37075 Göttingen**

Ihre Fragen an die Piratenpartei

21.08.2017

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden?

Ja

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass das Amt des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) gesetzlich und damit dauerhaft verankert wird? Werden ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, um das Amt des USBKM und seines Arbeitsstabs zu stärken?

Ja und ja

Inwiefern wird Ihre Partei dafür sorgen, dass die Reformierung des Sozialen Entschädigungsrechts, insbesondere des Opferentschädigungsrechts (OEG), nunmehr zügig umgesetzt wird? Was sind die Pläne Ihrer Partei für eine betroffenenorientierte Reform?

Hierzu haben wir keine konkreten Pläne. Wir sehen jedoch die Notwendigkeit einer entsprechenden Regelung als gegeben. Gern kommen wir mit Organisationen wie Ihrer dazu in Kontakt, um entsprechende Gesetzesinitiativen einzuleiten.

Wird sich Ihre Partei für die Verlängerung des Ergänzendes Hilfesystem und des Fonds Sexueller Missbrauch (FSM) auch über 2019 hinaus stark machen und was plant Ihre Partei, um die Finanzierung des Fonds Sexueller Missbrauch (FSM) sicherzustellen?



**Verein für Betroffene, Partner und Gegner von
Sexuellem Missbrauch -
gegen-Missbrauch e.V.
Oberstr. 23
37075 Göttingen**

Ihre Fragen an die Piratenpartei

21.08.2017

Im Haushaltsetat der Bundesregierung muss ein Betrag für den FSM berücksichtigt werden. Hier ist eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die die dauerhafte Existenz sicherstellt.

Inwiefern wird Ihre Partei dafür sorgen, dass eine angemessene Versorgung von Betroffenen sexualisierter Gewalt sichergestellt werden kann?

Der oben genannte UBSKM muss finanziell gestärkt werden, um in jeder Kommune, Beratungsstellen ein zu richten.

Opfer dürfen nicht zur Anzeige gezwungen werden. Vertrauenspersonen / -organisationen dürfen nicht gezwungen werden, ohne Einverständnis des Opfers, die Identitäten der Opfer ggü. der Staatsgewalt preiszugeben.

Bei gerichtlichen Verfahren müssen der Schutz und die Bedürfnisse des Opfers im Vordergrund stehen. Das Opfer darf nicht unnötig immer wieder erneut mit den Tathergang und dem Anblick des Täters gequält werden.

Der Opferschutz / Zeugenschutz muss stärker ausgebaut werden. Einige Länder sollten überprüfen, ob der von ihnen vorgenommene Schutz ausreichend ist.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Strafbestand des sexuellen Missbrauchs an Kindern zukünftig als Verbrechen eingestuft wird? Dies würde u.a. sicherstellen, dass alle angezeigten Straftäter im Bundesregister erfasst werden können.

Ja, das ist nicht nur ein Verbrechen, sondern ein Schwerverbrechen. Hier sollten Höchststrafen verhängt werden und dem Kind ein lebenslanger, angemessener Schadenersatz gezahlt werden.

**Verein für Betroffene, Partner und Gegner von
Sexuellem Missbrauch -
gegen-Missbrauch e.V.
Oberstr. 23
37075 Göttingen**

Ihre Fragen an die Piratenpartei

21.08.2017

Zeitraum und Budget der Unabhängigen Aufarbeitungskommission (UAK) stehen in keinem Verhältnis zur Aufgabenstellung. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Kommission auch über das Jahr 2018 hinaus arbeiten kann und dass der Kommission ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden?

Ja

Gern stehen wir Ihnen für weitere Auskünfte zur Verfügung und verbleiben

mit freundlichen Grüßen
Piratenpartei Deutschland
Thomas Ganskow

Bundeskoordinator Wahlprüfsteine

Dieses Schreiben ist maschinell erstellt und trägt keine Unterschrift.